



## **Änderungsantrag**

der Fraktion DIE LINKE

### **Minijobs mit sozialversicherungspflichtiger Arbeit gleichstellen**

Drucksache 17/ 2064

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, sich im Bundesrat für folgende Punkte in Bezug auf geringfügige Beschäftigungsverhältnisse einzusetzen:

1. Abhängige Beschäftigung unterliegt ab dem ersten Euro Entgelt der Sozialversicherungspflicht.
2. Ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn wird eingeführt.
3. Die öffentlichen, vor allem die sozialen Dienstleistungen werden ausgebaut, um neue regulär sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse zu schaffen.
4. Es ist ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft zu erarbeiten, das die Betriebe so lange auf Maßnahmen zur Gleichstellung verpflichtet, bis das Ziel der gleichen Entlohnung von Frauen und Männern erreicht ist;

Außerdem fordert der Landtag die Landesregierung auf Initiativen zu ergreifen, mit denen die betroffenen Beschäftigten über ihre Rechte aufgeklärt und ermutigt werden, deren Einhaltung einzufordern. Dies erfordert zwingend die gewerkschaftliche Verhandlungsmacht zu stärken.

Björn Thoroë  
und Fraktion